

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 54 (1974-1975)
Heft: 8: Raumplanung Schweiz 1974 : Fragen, Perspektiven, Konsequenzen

Rubrik: Kommentar

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ZWIELICHT ÜBER EUROPA

Auf der Suche nach stärkerem innerem Zusammenhalt hat das nach dem Zweiten Weltkrieg mit Hilfe der USA sich wieder aus den Trümmern erhebende Westeuropa zahlreiche Peripetien erlebt. Der beschwörende Appell, den *Winston Churchill* im September 1946 von Zürich aus an Europa – vor allem an Deutschland und Frankreich – richtete, war der entscheidende Impuls für eine Integrationsbewegung, die schliesslich in der Schaffung der Europäischen Gemeinschaften gipfelte. In der Erkenntnis, dass der wirtschaftliche Zusammenschluss als Motor für den politischen dienen sollte, wurden die Harmonisierungsbestrebungen vor allem auf das ökonomische Gebiet verlegt. Die Fortschritte, die dabei erzielt wurden, sind nicht zu bestreiten. Die EG, zunächst im kontinentalen Bereich der Sechszehn, haben sich über Kanal und Irische See hinaus zu einer Neunergemeinschaft erweitert, deren bevölkerungsmässiges und wirtschaftliches Potential ebenso bedeutend sind wie ihr technologisches *Knowhow*. Das 1945 zerstörte und politisch entmachtete Europa wuchs in den dreissig Jahren seit Kriegsende heran zu einem wirtschaftlichen Riesen.

Unerschütterte nationale Strukturen

Ist es ein Koloss auf tönernen Füüssen? Man neigt dazu, die Frage zu bejahen. Zumindest scheint auch heute noch die Basis der europäischen Inte-

gration nicht ausreichend gesichert. Die verschiedenen «relances européennes», die periodischen Anläufe, die ins Stocken geratene Einigungsbewegung wieder voranzutreiben und mit neuem Geist zu beseelen, sprechen eine deutliche Sprache. Drei Jahrzehnte supranationaler Bemühungen haben nicht genügt, die in Jahrhunderten gewachsenen nationalen Strukturen zu überwinden. Die Erfahrung gerade der letzten zwölf Monate, seit der *Energiekrise* im Herbst 1973, haben gezeigt, dass gerade in Zeiten ungewöhnlicher wirtschaftlicher oder politischer Pressionen die nationalen Egoismen, allen Solidaritätsbeteuerungen zum Trotz, in unverhüllter Form wieder hervortreten.

Im Laufe dieses Jahres hat sich diese Entwicklung offensichtlich noch akzentuiert. Mangelnde wirtschaftliche Stabilität, drohende Rezession und grassierende Inflation haben das westliche Europa einem eigentlichen Wechselbad ausgesetzt. Frankreich, Dänemark und Italien demonstrierten in verschiedenen Situationen ihre wirtschaftspolitischen *Sonderinteressen*, ohne auf das übergeordnete Leitbild der Brüsseler Zentrale Rücksicht zu nehmen. Selbst die Bundesrepublik *Deutschland*, einst das wohlgezogene Kind der europäischen Integration, verfolgt offensichtlich einen neuen, eigenen Kurs, seit Helmut Schmidt in das Palais Schaumburg eingezogen ist. Die abrupte Geste, mit der Bonn seine Zustimmung zu dem Mitte September ausgehandelten europäischen Agrar-Kompromiss verweigerte,

mag als Episode gelten, weil die Bundesrepublik nur wenige Tage später wieder einschwenkte. Aber als Symptom bleibt dieses Nein doch bedeutsam. Zum ersten Male sind die Deutschen aus der Reihe ausgebrochen; man kann wohl als gegeben annehmen, dass es nicht das letzte Mal sein wird.

Grossbritanniens eigener Weg

Das über Europa lagernde Zwielficht verstärkt sich noch durch den Wahlerfolg der britischen *Labourparty*. Wilson hat seine Kampagne unter anderem mit dem Versprechen geführt, er werde die Bedingungen der Mitgliedschaft Grossbritanniens bei den Europäischen Gemeinschaften neu aushandeln und die Bevölkerung der Insel in einem Plebiszit dazu aufrufen, sich direkt zur Frage «Europa» zu äussern. Ohne Zweifel werden solche Promessen, nun, nachdem Labour im Unterhaus über eine Mehrheit verfügt, Europa in eine *neue Belastungsprobe* hineinführen. Premierminister Wilson hat sich zwar in der Vergangenheit mehrfach als gewiegtter Taktiker erwiesen, der es versteht, selbst die schwierigsten Akte am Seil der hohen Politik zu bewältigen. Sein Bekenntnis zu Europa, seine zähe Beharrlichkeit im Hineinführen Grossbritanniens in die Europäischen Gemeinschaften gegen den Widerstand General de Gaulles sind unvergessen. Trotzdem wird er mit Rücksicht auf seine Wählerschaft manche kritische Situation zu überwinden haben, um sich aus dem Dilemma herauszufinden, in das er sich durch seine taktisch bedingte Distanzierung von Europa selbst hineinmanövriert hat. Dass er die sich mehr und mehr auf die Verbindung zu Europa

ausrichtende Entwicklung der britischen Wirtschaft wird rückgängig machen können, ist unwahrscheinlich. Aber aus London werden in den nächsten Monaten wohl Entscheide und Vorschläge kommen, welche zumindest einen *Stillstand*, wenn nicht gar einen *Rückschritt* in den europäischen Integrationsbemühungen bedeuten.

Schmidt zur EG-Solidarität

All dem gegenüber nehmen sich die Versuche, das europäische Schiff wieder flott zu machen, eher unbestimmt oder gar schwächlich aus. Das wichtigste Positivum der vergangenen Wochen dürfte der *Kredit* sein, den die Bundesrepublik dem von wirtschaftlicher zu politischer Krise taumelnden *Italien* gewährt hat. Bundeskanzler Schmidt ist damit über seinen eigenen Schatten gesprungen. Noch im Frühjahr, damals als Finanzminister, liess er es an unmissverständlichen Worten nicht fehlen, indem er sich dagegen verwahrte, dass Westdeutschland in den Sog der Schwierigkeiten seiner europäischen Partner gerate. «Wir dürfen weder unsere Währungsreserven zum Verbrauch an andere ausliefern, noch ihnen zusätzliche Kassenzahlungen in zu Buche schlagender Höhe leisten, noch dürfen wir unsere ökonomische Politik von Englands oder Italiens Misere abhängig machen», schrieb Schmidt damals. «Wir hängen von unseren deutschen Wählern ab und dürfen deshalb grössere ökonomische EG-Zugeständnisse, die den ökonomischen Status der deutschen Wähler beeinträchtigen müssen, nur dann machen, wenn wir dafür einen politischen Fortschritt erhalten, der in den Augen unserer eigenen öffentlichen

Meinung ein ausreichendes Äquivalent, das heisst das Opfer wert ist» (zitiert nach «Neue Zürcher Zeitung», Nr. 451 vom 29. September 1974).

Neuer Stil?

Ob dieser Fortschritt in irgend einer Form sich bereits abzeichnet, bleibt ungewiss. Zwar haben sich die Staats- und Regierungschefs der Neun in der ersten Septemberhälfte auf Einladung von Präsident *Giscard d'Estaing* im Elysée zu einer Gesprächsrunde getroffen, über deren Verlauf zwar bisher nur spärliche Informationen an die Öffentlichkeit durchgedrungen sind, die aber zu Anfang mindestens stimmungsmässig neue Impulse gegeben hat. In ungezwungener Form passierten damals in Paris die wichtigsten Fragen Revue, indem jeder der Teilnehmer seinen Standpunkt vortrug. Damit ist von den neuen Politikern, die seit einigen Monaten die Verantwortung in den wichtigsten europäischen Ländern tragen, gleichzeitig ein *neuer Stil* geschaffen worden. Einigkeit herrschte jedenfalls darüber, diese Art der «Gipfelgespräche» fortzusetzen und wenn möglich zu institutionalisieren. Welche Erfolge diese neu eingeschlagene Route bringen kann, wird sich freilich erst zeigen müssen, da die erste Euphorie sichtlich wieder der Ernüchterung gewichen ist.

Stärke der retardierenden Faktoren

Das Europa der EG krankt im grossen gesehen daran, dass in Brüssel eine su-

pranationale Behörde geschaffen worden ist, der zwar theoretisch bedeutungsvolle Funktionen übertragen worden sind, die aber gleichzeitig nicht im entferntesten die Kompetenzen erhalten hat, diese Funktionen auch auszuüben. Wie jede Behörde dieser Art hat die EG-Kommission ihrer *Eigengesetzlichkeit* folgend sich zu einem Apparat entwickelt, dessen Tätigkeit einen Umfang angenommen hat, der in keinem Verhältnis zu den tatsächlich erreichbaren Wirkungen und Möglichkeiten steht. Die Brüsseler Bürokratie arbeitet und produziert ihre Dekrete, aber alles hängt im luftleeren Raum, da die einzelnen *Regierungen* nicht bereit sind, in den wichtigsten Bereichen auf ihre souveränen Rechte zu verzichten. Die Zeit ist noch nicht gekommen, da die nationalen Strukturen verkümmern oder verschwinden und die Grenzen zwischen den einzelnen Ländern zu mehr oder minder theoretischen Linien auf der Landkarte werden. Im «Europe des patries» liegt der Akzent noch immer eindeutig auf dem einzelnen «Vaterland». So erscheint es wenig wahrscheinlich, dass die als längerfristiges Ziel anzustrebende *politische Union Europas* im Jahre 1980 bereits Tatsache sein wird. Trotz ermutigenden Symptomen in abendlichen Gipfelgesprächen scheinen die retardierenden Elemente noch immer so stark, dass der Zeitplan, der schon in den Tagen der Präsidentschaft Pompidous für die künftige Europapolitik aufgestellt worden ist, sich eher utopisch als realistisch annimmt.

Alfred Cattani

ZYPERN – OPFER DER MACHTPOLITIK

Der am 15. Juli 1974 von der Athener Militärjunta angezettelte Putsch gegen den legalen zypriotischen Staatschef *Erzbischof Makarios* und die Invasion der türkischen Streitkräfte auf Zypern haben eine Situation geschaffen, die dem Plan einer offenen oder versteckten Teilung der «Insel der Aphrodite» Auftrieb gibt. Wegen seiner bestechenden formallogischen Einfachheit und der durch die tragischen Ereignisse auf der Insel akzentuierten Gegensätze zwischen den beiden Volksteilen hat der Gedanke der Schaffung «zweier geographisch abgegrenzter Gebiete» an Boden gewonnen. Die Türken treffen in dem von ihnen kontrollierten Teil Zyperns Massnahmen, die offensichtlich auf eine Verselbständigung des sich nördlich der sogenannten Attila-Linie befindenden Gebietes hinzielen.

Türkische Argumentationen auf schwachen Füßen

Es bahnt sich somit eine Entwicklung an, die weder mit dem allgemeinen Völkerrecht noch mit den Zypernvereinbarungen der Jahre 1959/60 im Einklang steht. Die von Ankara praktizierte Gewaltanwendung zur Schaffung vollendeter Tatsachen widerspricht den allgemein anerkannten Völkerrechtsgrundsätzen. Sie verstösst aber auch gegen die Satzung der Organisation der Vereinten Nationen in doppelter Hinsicht: An mehreren Stellen der UNO-Satzung wird ausdrücklich oder implizite, direkt oder indirekt auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker Bezug genommen. Es kommt hinzu, dass die

UNO auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder beruht. Durch seine beiden Attacken auf Zypern hat Ankara sowohl das Selbstbestimmungsprinzip als auch den Grundsatz der Staatssouveränität verletzt. Infolge der türkischen Invasion ist der griechischzyprischen Mehrheit, die 80% der Gesamtbevölkerung der Insel ausmacht, ein die türkischzyprische Minderheit begünstigendes *Fait accompli* aufoktroziert worden. Zudem sind die Unabhängigkeit und die territoriale Integrität eines kleinen, im Grunde wehrlosen Staates verletzt worden.

Um sein Vorgehen auf Zypern zu rechtfertigen, beruft sich Ankara auf den Garantievertrag von 1960. Gemäss diesem Vertrag sind die drei Zypern-«Schutzmächte» (Griechenland, Grossbritannien und die Türkei) im Falle einer Verletzung des Status der Insel verpflichtet, «gemeinsam zu beraten, zum Zwecke, vorstellig zu werden oder die zur Befolgung der Vertragsvorschriften erforderlichen Schritte zu unternehmen». Ist eine «gemeinsame oder vereinbarte Tätigkeit» nicht möglich, so steht jeder der drei Garantiemächte das Recht zu, «zum ausschliesslichen Zwecke der Wiederherstellung der durch den Garantievertrag geschaffenen Lage» zu handeln. Im Garantievertrag ist demnach zweifellos ein einseitiges Interventionsrecht jeder der drei «Schutzmächte» verankert. Dies jedoch unter der Voraussetzung, dass eine «gemeinsame oder vereinbarte Tätigkeit» nicht möglich ist. Bei ihrer Intervention auf Zypern hat die Türkei diese einschränkende Vertragsvorschrift missachtet,

denn sie hat gehandelt, ohne sich vorher um eine Zypernaktion in Zusammenarbeit mit Grossbritannien und Griechenland ernsthaft zu bemühen.

Ausserdem ist das besagte Interventionsrecht im Garantievertrag äusserst dürftig geregelt, und man kann sich mit Recht fragen, ob darunter auch eine militärische Aktion falle. Jedenfalls wäre eine Intervention nur dann zulässig, wenn sie auf die Wiederherstellung des Status quo ante hinzielte. Nach den durch Ankara auf Zypern geschaffenen vollendeten Tatsachen kann aber kein Zweifel darüber bestehen, dass die Türken ihre «militärische Aktion» durchgeführt haben, nicht, wie sie ursprünglich vorgegeben hatten, um die zypriotische Verfassung von 1960 wiederherzustellen, sondern um einen anderen rechtlichen Status durchzusetzen, der mit Wortlaut und Geist der Zypernvereinbarungen von Zürich und London wenig zu tun hat.

Verhängnisvolle Auswirkungen

Bei ihrer ersten, am 20. Juli 1974 erfolgten Attacke auf Zypern hatte die Regierung Ecevit in Ankara noch mit einem gewissen Verständnis der internationalen Öffentlichkeit rechnen können. Damals regierten nämlich in Griechenland noch jene unverantwortlichen Militärs, die unter der Führung von Brigadegeneral *Dimitrios Ioannidis* den verbrecherischen Plan der Ermordung Makarios' und des «Diktaturimports» nach Zypern ausgeheckt und in die Tat umzusetzen versucht hatten. Die zweite, militärisch wohl gewichtigere Attacke Ankaras auf die Inselrepublik erfolgte aber in einem Zeitpunkt, in dem die Regierungsverantwortung in Athen in

den Händen des demokratisch gesinnten, für seine staatsmännische Haltung bekannten Politikers *Konstantinos Karamanlis* lag. Die Intervention Ankaras war somit im Grunde gegen eine griechische Regierung gerichtet, die gerade daran war, das mit schweren Hypotheken belastete Erbe des «Türkenfressers» *Nikos Sampson*, der juntafreundlichen Nationalgardisten und der «Eoka2»-Terroristenorganisation zu liquidieren.

Ecevit hat sich in den Augen des Durchschnittstürken durch seine «Befreiungsaktion» auf Zypern den Ruhm des «nationalen Helden» erworben. Bei nüchterner Betrachtung kann man jedoch dem türkischen Politiker den Vorwurf nicht ersparen, dass er sich von den Wellen eines blinden Nationalismus hat leiten lassen und somit der von Kemal Atatürk und Eleftherios Venizelos angestrebten türkisch-griechischen Freundschaft schweren Schaden zugefügt hat. Wenn von türkischer Seite geltend gemacht wird, durch die «Aktion» der Invasionskräfte sei lediglich das Unrecht wieder gutgemacht worden, das in den Jahren der Herrschaft Makarios' die türkischzypriotische Minderheit erlitten habe, so werden dabei geschichtliche Faktoren verkannt, die bei der Entstehung der Zypernfrage eine wesentliche Rolle gespielt haben.

Es muss in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, dass das Postulat der Schaffung «geographisch abgegrenzter Gebiete», das heute Ankara und die Türkischzyprioten verfechten, im Grunde von der seinerzeitigen «Taksim»-Forderung der Türken nicht sehr weit entfernt ist. «Taksim» heisst auf türkisch Teilung. Und dieses Postulat pflegten türkische Nationalisten schon etliche Jahre, bevor Makarios ans Ru-

der kam, geltend zu machen. Schon in den fünfziger Jahren, als die griechisch-zypriotische Befreiungsbewegung gegen die britische Herrschaft kämpfte, bildeten sich türkischzypriotische Organisationen, die mit übersteigerten nationalistischen Parolen wie «Zypern ist türkisch» oder «Taksim» operierten. Es klingt deshalb nicht glaubwürdig, wenn Ankara heute den Eindruck aufkommen lassen will, die Forderung der Schaffung «zweier geographisch abgegrenzter Gebiete» sei die Reaktion auf die «Unterdrückung der türkischen Volksgemeinschaft durch das Regime Makarios».

Durchsetzung alter Forderungen

Wer über die Geschichte der Zypernfrage Bescheid weiss, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Regierung Ecevit die unverantwortliche Aktion Ioannidis' gegen Makarios auf Zypern zum Anlass genommen hat, um türkische Forderungen durchzusetzen, die schon lange bestanden. Schon vor dem 15. Juli 1974 hatte denn auch Ecevit ziemlich deutlich zu verstehen gegeben, dass er eine «geographisch untermauerte Föderation» anstrebt, eine Lösung also, die unter den gegebenen Umständen praktisch die Vorstufe zur Teilung darstellt. Diese Haltung ist um so unverständlicher, als Athen im Jahre 1959 auf das nationale Ideal der «Enosis», das heisst der Vereinigung Zyperns mit Griechenland, in aller Form verzichtet hat und Makarios, der in den Jahren der Kolonialherrschaft für den Anschluss der Insel an das «Mutterland» gekämpft hatte, seit der Ausrufung der Unabhängigkeit Zyperns sich konsequent für einen souveränen

zypriotischen Einheitsstaat einsetzt. Während also die Griechen im Interesse eines guten Einvernehmens zwischen Athen und Ankara das Opfer des Verzichtes auf ihre Maximalforderung auf sich nehmen, versuchen die Türken auf Umwegen das «Taksim»-Postulat oder ähnliche Lösungen zu verwirklichen.

Hier muss in Erinnerung gerufen werden, dass der jetzige griechische Regierungschef Karamanlis im Jahre 1959 seine Kompromissbereitschaft gegenüber den Türken durch Taten unter Beweis stellte, als er die Zypernvereinbarungen von Zürich und London abschloss. Jene Vereinbarungen beruhten zwar auf dem Gedanken des Ausschlusses sowohl des «Enosis»-Ideals als auch des «Taksim»-Postulates. Der griechische Verzicht wiegt jedoch viel schwerer, da das «Enosis»-Ideal unter dem Gesichtspunkt der Selbstbestimmungslehre durchaus begründet ist. Im Jahre 1907 erklärte ein junger britischer Unterstaatssekretär für die Kolonien: «Ich denke, es ist nur natürlich, dass das zypriotische Volk, das griechischer Abstammung ist, seine Eingliederung in das, was sein Mutterland genannt werden darf, als ein ernstes, heiss und innig geliebtes Ideal betrachtet.» Der Mann, der so sprach, hiess Winston Churchill.

Die Kompromissbereitschaft Karamanlis' kam ferner darin zum Ausdruck, dass die Türken in Zürich und London viel mehr erhielten, als sie vor den Verhandlungen erwartet hatten. Die in Zürich und London in den Grundzügen ausgehandelte zypriotische Verfassung beruhte auf dem Prinzip eines dualistisch aufgebauten Staatsapparates, in dem die türkischzypriotische Minderheit, die nur 18% der Gesamtbevölkerung ausmacht, übervertreten

war. So waren die Türkischzyprioten in der Regierung, im Parlament und in der Verwaltung zu 30%, in der Armee sogar zu 40% vertreten. Es kam hinzu, dass der türkischzypriotische Vizepräsident der Republik über ein Vetorecht verfügte und es somit in der Hand hatte, den Staatsapparat lahmzulegen. Die Zypernvereinbarungen trugen wegen ihrer Kompliziertheit und wegen der disproportionalen Sicherheitsklauseln zugunsten der türkischzypriotischen Minderheit den Kern des Scheiterns in sich. Im Jahre 1959 schrieb der Verfasser dieser Zeilen: «Dass das Zypernabkommen im gegenwärtigen Zeitpunkt eine wichtige Friedensstörung beseitigt, ist zweifellos. Es darf andererseits angenommen werden, dass die Durchführung der Vereinbarungen und das Leben des neuen Staates nicht frei von Schwierigkeiten sein werden.» (*Pavlos Tzermias*: «Der neue Status Cyperns», Archiv des öffentlichen Rechts, 1959, S. 488.) Als Präsident Makarios nur wenige Jahre nach Abschluss der Zypernverträge eine Änderung des Status Zyperns durchzusetzen versuchte, handelte er wohl nicht zuletzt im Bewusstsein, dass das in Zürich und London konzipierte Staatsgebilde funktionsunfähig war.

Widersinnige Teilung der Insel

Das Scheitern der Zypernabkommen von 1959/60 geht auf die Tatsache zurück, dass es den Türken in Zürich und London gelungen war, übersteigerte Forderungen durchzusetzen, die dem wirklichen Kräfteverhältnis innerhalb der zypriotischen Bevölkerung widersprechen. Nun begeht Ankara erneut den Fehler, eine Lösung des Zypern-

problems anzustreben, die die demographischen Gegebenheiten ignoriert und somit undemokratisch ist. Die türkische Armee hält gegenwärtig ungefähr 40% der Insel, und zwar den wirtschaftlich bedeutendsten Teil davon, besetzt. Die von türkischer Seite befürwortete «Schaffung zweier geographisch abgegrenzter Gebiete» steht zudem mit der Tatsache nicht im Einklang, dass die Insel eine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Einheit bildet. Die von den Türken angestrebte Lösung wäre daher künstlich und brächte für die Gesamtbevölkerung der Insel, das heisst sowohl für die Griechisch- als auch für die Türkischzyprioten, Unheil. Die geographische Trennung der beiden Volksteile würde das gegenwärtige Elend der rund 200 000 Flüchtlinge institutionalisieren und zu weiteren mit menschlichen Härten verbundenen Umsiedlungsaktionen führen.

Die Befürworter der offenen oder versteckten Teilung der Insel machen geltend, dass ein Zusammenleben der beiden Volksgemeinschaften nicht mehr möglich sei. Dabei wird auf die verbrecherischen Handlungen hingewiesen, die von nationalistischen Heissspornen während der Zuspitzung der griechisch-türkischen Zypernauseinandersetzung begangen worden sind. Aus der Geschichte Zyperns, wie sie zum Beispiel im monumentalen Werk G. Hills (George Hill: «A History of Cyprus», I–IV, Cambridge 1948–1952) geschildert wird, ist allerdings ersichtlich, dass es längere Perioden gegeben hat, in denen Griechisch- und Türkischzyprioten untereinander gut ausgekommen sind. Die Teilung der Insel würde jedenfalls nicht zur Überwindung der Kluft zwischen den beiden Volksteilen führen, sondern diese Kluft sanktionieren und

aus Zypern erst recht ein Pulverfass machen.

Durch die Schaffung «zweier geographisch abgegrenzter Gebiete» bliebe Zypern endgültig das Opfer einer nationalistischen Machtpolitik. Die definitive Beseitigung der Leidenschaften auf Zypern hängt daher – langfristig gesehen – nicht von der Sicherung von «Faustpfändern» ab, sondern von der Schaffung eines neuen geistigen Klimas.

Das ist aber nur dann möglich, wenn sich Griechen und Türken auf Zypern aufrichtig um den Aufbau eines gemeinsamen Staates bemühen, der den Interessen beider Volksgemeinschaften auf gerechte, das heisst deren effektives Kräfteverhältnis innerhalb der Gesamtbevölkerung berücksichtigende Weise entspricht.

Pavlos Tzermias

AKTUELLE PROBLEME DES SCHWEIZERISCHEN BANKGEWERBES

Es kann kein Zweifel bestehen, dass die grossen schweizerischen Bankplätze heute «*overbanked*» sind. Zu diesem Schluss kommt man nicht nur mit dem nachgerade berühmten Vergleich, wonach die Schweiz mehr Bankstellen habe als Zahnärzte, sondern auch bei einem Blick in das Telephonbuch. Dass eine derartige Lage Gefahren in sich birgt, braucht wohl nicht speziell betont zu werden, denn wenn mehr Banken vorhanden sind als natürliches Geschäft, werden gewisse Institute zu risikoreichen Transaktionen veranlasst, die bei negativem Ausgang nicht «verkräftet» werden können.

Mehr Banken – kleiner werdendes Geschäft

Wie kam es zu dieser im ganzen doch unerfreulichen Entwicklung? Die «Golden Sixties», die an den europäischen und damit auch an den Schweizerbörsen schon Ende der fünfziger Jahre begannen, verleiteten manche grossen Bankkunden mit speziell grossem Bör-

sengeschäft dazu, selbst eine Bank zu gründen, da sie meinten, durch die Ersparnis der halben Börsencourtage in der Schweiz (Banken, die nicht selbst Börsenmitglied sind, zahlen Börsenmitgliedern nur eine halbe Courtage) und der ganzen Courtage im Auslandgeschäft, billiger zu fahren. Sie vergassen dabei, dass zum Betrieb einer Bank eine Organisation mit Personal nötig ist, so dass für den einzelnen das Geschäft fürwahr riesig sein musste, um auf einen grünen Zweig zu kommen – oder es wurde eben auf entsprechende Dimensionen hinaufgebracht. Schlechtere Börsenzeiten brachten in vielen Fällen ein bitteres Erwachen.

Der zweite Faktor, der zur gewaltigen Bankenzunahme führte, ist bei den *Auslandbanken* zu suchen. Diese folgten ihren Kunden in die Schweiz, sei es, weil sie ihnen den kommerziellen Dienst auf der ganzen Welt bieten wollten, oder weil sie ihre Steuer- oder Devisenflüchtlinge nach Möglichkeit nicht oder nicht mehr an die Schweizerbanken verlieren wollten. Dass der Einzug einer Bank aus einem Staat die nationale

Konkurrenz sofort folgen liess, war nur natürlich. Nur nebenbei sei hier bemerkt, dass auf diesem Gebiet unser Politisches Departement häufig eine falsche Rolle spielte, indem es die Anwendung des durch einen Bundesbeschluss zur Kontrolle des Zuzugs der Auslandsbanken eingeführten Reziprozitätsparagraphen nach politischen Überlegungen richtete, anstatt diesen Entscheid den Fachleuten in Finanzdepartement, Nationalbank und Bankenkommission zu überlassen, wie es von diesen gewünscht wurde. Immerhin hat das den Bundesbeschluss ablösende neue Bankengesetz, auf das später noch eingegangen werden soll, hier die Kompetenzen wieder richtig gesetzt.

Auf die dritte Art der Zunahme der Bankenstellen, die zeitweise direkt fieberhafte Eröffnung von Grossbankfilialen im ganzen Land, soll weiter unten eingegangen werden.

Die grosse Anzahl von Banken musste sich in das durch die Wirtschaftsschwierigkeiten, besonders im Ausland, zum Teil aber auch im Inland, kleiner werdende Geschäft teilen. Fallende Börsen, Devisenfloating, «südamerikanische» Inflationsraten und das durch Bankzusammenbrüche im Ausland erschütterte Vertrauen stellen immer grössere Anforderungen an die Bankleitungen. Man muss hier betonen, dass im Bankgeschäft *Vertrauen* das Alpha und Omega ist, und dass einmal erschüttertes Vertrauen nur schwer und langsam zurückgewonnen werden kann. Gerade dieser Faktor ist es, der an die Bankleitungen so hohe Anforderungen stellt, da nur eine kompetente Führung die Vertrauensbasis bilden kann. Als dritter Schwierigkeitsfaktor müssen unsere Behörden genannt werden, die mit gewissen Massnahmen das Geschäft er-

schweren, ja teilweise verunmöglichen, und häufig die Banken mit ihrem Geschäft ins Ausland vertreiben, wo die Kontrolle schwieriger, wenn nicht unmöglich ist.

Die Schwierigkeiten im Devisenhandel

Was sind nun die sich heute stellenden Hauptprobleme? Allen voran muss das *Devisenfloating* genannt werden, das in verschiedenen Ländern im Mai 1971 begann (Kanada war schon seit Jahren ein Vorläufer) und seit Ende Januar 1973 universal geworden ist. Jeder, der nur einigermaßen mit dem Wirtschaftsleben vertraut ist, weiss, dass die Schwankungen der Währungen untereinander enorm geworden sind, was natürlich die Risiken entsprechend erhöht. Erhöhte Risiken rufen aber auch die Spieler auf den Plan, die entsprechende Chancen wittern – der einzige Grund für das Bestehen der Spielcasinos. An allen Finanzplätzen, und damit auch in der Schweiz, nahm die Devisenspekulation gewaltige Ausmasse an, weil die Chancen entsprechend gross schienen. Um mit Zahlen zu operieren: Vor dem 15. August 1971, dem Tag, an dem die amerikanische Regierung für den Dollar die durch das Bretton Woods Agreement vorgeschriebenen Limiten aufgab, war beispielsweise eine Schwankung von einem Rappen in der Dollar/Franken-Parität schon ein Ereignis (bei einem Kurs von ca. Fr. 4.30 pro Dollar bedeutete das eine Schwankung von ¼ %). Heute ist in hektischen Zeiten eine Schwankung von fünf Rappen im Tag kaum interessant genug, um in einem Zeitungskommentar erwähnt zu werden. Dabei bedeutet dies bei einem

heutigen Dollar/Frankenkurs von rund Fr. 3.– eine Schwankung von fast 2%. (Bei einer Devisentransaktion von einer Million Franken, einer im internationalen Devisenhandel geringen Grösse, verdient oder verliert man damit Fr. 20 000.–.) Wie bei jedem «richtigen» Spieler gewann der durchschnittliche Devisenhändler am Anfang, um dann in vielen Fällen schnell in die Verlustzone zu geraten. Der richtige Spieler verdoppelt dann seinen Einsatz, weil er so mathematisch zu Gewinn kommen muss, doch folgen sich Verluste auf Verluste. Das Drehbuch spielte sich bei vielen Devisenhändlern und Banken genau so ab. (Um der Wahrheit Genüge zu tun, sei aber zugegeben, dass dieses Phänomen in Deutschland, wo der Hang zur Unmässigkeit häufiger zu finden ist als beim nüchternen Schweizer, viel eher anzutreffen war als in der Schweiz.)

Diese Überaktivität auf dem Devisensektor, die allerdings durch den Herstattfall teilweise ein abruptes Ende gefunden hat, muss die *Behörden*, allen voran Eidgenössische Bankenkommision und Nationalbank, herausfordern. Es ist in ihrem und darüber hinaus im Volksinteresse, Unglück zu verhindern. Es wird also versucht, durch Vorschriften dieser Überaktivität einen Riegel zu schieben. Ein erster Schritt war die Einführung der Meldungen über die Devisenpositionen an die Schweizerische Nationalbank. Eine weitere Massnahme wurde in Deutschland eingeführt, nämlich die Einführung von Devisenlimiten pro Bank, basierend auf den eigenen Mitteln. Die Schweizerische Nationalbank steht diesen Bestrebungen bei uns skeptisch gegenüber. Dies nicht etwa, weil sie positiv gegenüber der Devisenspekulation eingestellt ist, sondern weil

sie realisiert, dass sie mit Vorschriften unsere Banken mit der Devisenaktivität eventuell ins unkontrollierte Ausland verdrängt, was die Gefahren für unser Banksystem nicht herabsetzt, aber den Überblick, wie er heute gewährleistet ist, vermindert. Zudem darf hier auch erwähnt werden, dass der Devisenhandel an sich und der Terminhandel im speziellen nicht schlecht sind, sondern vielmehr durch den internationalen Handel benötigt werden.

Bankengesetz: Behörden im Dilemma

Interessant und für die Komplexität der Lage bezeichnend ist, dass das *neue Bankengesetz* die Krediterteilung durch die Banken im Detail regelt, während das theoretisch noch risikoreichere Devisengeschäft kaum erwähnt wird. (Das Devisengeschäft ist deshalb theoretisch noch risikoreicher als das Kreditgeschäft, weil mit jedem Devisengeschäft ein Kreditgeschäft verbunden ist, indem nämlich die beiden Partner im Geschäft «kompensiert» handeln, das heisst ihre Zahlungsinstruktionen unabhängig vom Erhalt erteilen. Dass diese Krediterteilung in Wirklichkeit mehr als nur Theorie sein kann, bewies der Fall Herstatt! Wahrscheinlich ist die Nichterwähnung des Devisengeschäfts im Bankengesetz auf die Kompliziertheit der Materie zurückzuführen, die von grossen Kreisen der Bankenwelt (allerdings wohl mehr im Ausland als in der Schweiz), der Revisionsstellen, der Computerspezialisten und nicht zuletzt der zuständigen Angestellten gar nicht verstanden wird. Es mutet in der Tat schizophren an, dass der Gesetzgeber keine Vorschriften über ein Gebiet erlässt, wo durch Devisenterminpositio-

nen nicht nur ein Mehrfaches der eigenen Mittel, sondern sogar der Bilanzsumme erreicht werden kann. Es muss jedoch zugegeben werden, dass die Aufsichtsbehörden hier zwischen der Scylla der Unglücksfälle und der Charybdis der Abwanderung einen Weg finden müssen – wahrlich kein leichtes Unterfangen. Immerhin kann auch von der Privatwirtschaft eine Kontrolle erwartet werden, indem die internationalen Grossbanken in London und New York die Geschäfte abwickeln müssen. Statt sich über die Umsätze zu brüsten, wäre es wohl klüger gewesen, durch eine scharfe Kontrolle dem häufig unkontrollierten Treiben Einhalt zu gebieten. Es geht somit heute darum, einen Mittelweg zu finden zwischen den übertriebenen Devisenspekulationen und den legitimen Erfordernissen des internationalen Handels sowie des Geld- und Kapitalmarktes.

Umstritten sind auch die Massnahmen unserer Behörden auf zwei anderen Sektoren, dem *Verzinsungsverbot für Ausländer* (das ebenfalls der Nationalbank ein Dorn im Auge ist) und der Neuregelung der *Verstempelung von Wertpapieren und Geldmarktpapieren*. In beiden Fällen wird das Geschäft ins Ausland verdrängt, indem der Kunde der Schweizerbank sich nicht von seinen durchaus legitimen Absichten abhalten lässt, respektive nicht einsieht, warum er unnötige Spesen zahlen muss. Volkswirtschaftlich ist mit den Einschränkungen kaum etwas gewonnen, da diejenigen, die ins Gewicht fallen, den Vorschriften ausweichen und den Schweizer Banken Einkommen entgeht. Es darf nämlich nicht übersehen werden, dass die Banken einen sehr schönen Beitrag für die Aktivierung unserer Ertragsbilanz leisten, ein nicht zu unter-

schätzendes Faktum im Zeichen der steigenden Erdölpreise!

Ironie des Schicksals für die Banken ist es, dass die Einhandlung des Emissionsstempels (mit allen Ungeheimtheiten) gegen eine Ausdehnung des Umsatzstempels genau zum selben Moment erfolgte, als die internationale Emissionstätigkeit aus vielen Gründen praktisch auf Null zurückging, während die Anlage in neu vom Umsatzstempel betroffenen Papieren im Zeichen der allgemeinen Unsicherheit stark zunahm. Der lachende Dritte ist der Bundesfiskus, der an sich nur eine Einnahmequelle bei gleichen Verhältnissen mit einer andern vertauschen wollte. Auf jeden Fall muss festgestellt werden, dass sich viele nicht bewusst waren, was die Neuregelung bedeutet. Stossend ist es ausserdem, wenn die Ausgabe von Zertifikaten eines ausländischen Investment-trusts stempelsteuerfrei erfolgen kann, während der Schweizer Fonds für die Ausgabe seiner Zertifikate eine Stempelabgabe zahlen muss.

Sorgen auch im Inlandgeschäft

Es sei einem Privatbankier, der in der täglichen Tätigkeit viel mit dem Ausland zu tun hat, verziehen, dass er die Probleme des schweizerischen Bankgewerbes zuerst unter ihren internationalen Aspekten behandelte. Leider ist aber auch das *Bankgeschäft im Inland* bekanntlich nicht sorgenfrei. Genannt und behandelt seien die Stichworte Kreditbeschränkung, Hypothekarzinssätze, Zinssätze ganz allgemein, Gelderzufluss durch Kassaobligationen und starke Ausdehnung des Filialnetzes sowie Diversifikation der Grossbanken.

Für die *Kreditbeschränkung*, neben den Baubeschränkungen die einzig

wirksame Konjunkturbremse, werden im breiten Publikum die Banken, die in der Krediterteilung Zurückhaltung üben müssen, verantwortlich gemacht. Dabei sind sie nur die Opfer der behördlichen Vorschriften und schränken ihre Kreditfähigkeit, immerhin das Rückgrat der Gewinn- und Verlustrechnung der meisten Banken, nicht freiwillig ein. Dass eine Kreditbeschränkung, deren Zuwachsraten geringer ist als der Inflationssatz, restriktiv wirken muss, ist logisch. Wenn man die Inflation bekämpfen will, so muss man eben irgendwo wirken, und der Geldsektor bietet sich als geeignetes Objekt an. Trotzdem kann man der Kreditbeschränkung vom Bankgewerbe aus gesehen als Massnahme nicht wirklich zustimmen, da sie die Konkurrenz herabsetzt und die Grössenverhältnisse einementiert – sie wirkt also ähnlich wie die Quoten der Käseunion.

Zudem ist es nur logisch, dass die Banken sich in der beschränkten Kreditfähigkeit auf die lukrativeren Sektoren des Aktivgeschäftes beschränken werden, womit vor allem das *Hypothekengeschäft* betroffen wird. Da der Geldzufluss auf der Passivseite stockt und das Hypothekengeschäft somit nicht mehr gewinnbringend betrieben werden kann, wird im Zuge der Kreditrestriktionen dieser Geschäftszweig vor allem betroffen. In der Schweiz, als dem Land mit der höchsten Hypothekarverschuldung pro Kopf in der ganzen Welt, ist aber der Hypothekarzinsatz zu einem Politikum ersten Ranges geworden. Es braucht schon Zwangslagen wie die heutige, um überhaupt eine Amortisation der ersten Hypotheken, wenn auch zögernd, einzuführen. Über die Auswirkung einer Zinserhöhung gehen die aufsehenerregend-

sten (damit aber nicht etwa immer richtigen) Berechnungen um. Eine davon ist, dass $\frac{1}{4}\%$ Hypothekarzinssteigerung eine Milchpreiserhöhung von zwei Rappen zur Folge habe. Eine andere, dass eine solche Erhöhung die Mieten um fast 4% erhöhe. Ganz davon abgesehen, dass solchen allgemeinen Behauptungen mit Skepsis begegnet werden muss, darf nicht vergessen werden, dass glücklicherweise die meisten Schweizer auf beiden Seiten der Zinserhöhung «sitzen». Sie werden wohl direkt oder indirekt durch die Hypothekarzinssteigerung und ihre Folgen betroffen, doch geht mit einer solchen Erhöhung ja immer gleichzeitig eine Erhöhung der Passivzinssätze, das heisst der Zinssätze auf Spareinlagen und Kassenobligationen, Hand in Hand. Der Durchschnittsbürger profitiert also auch von einer Zinserhöhung. Für Härtefälle, wie soziale Wohnungen oder die Landwirtschaft, würde man besser mit Subventionen arbeiten, im übrigen aber der Zinstendenz freien (oder wenigstens mehr oder weniger freien) Lauf lassen. Auf die Dauer wirken sich künstliche Massnahmen auf dem Wirtschaftssektor immer negativ aus. Wenn also die Banken in freier Konkurrenz die Zinsen auf Spareinlagen und Kassenobligationen auf der einen Seite und Hypothekarkredite auf der andern festlegen könnten, wären die Folgen höchstwahrscheinlich viel weniger furchterregend, als man immer wieder annimmt. Einmal würden die Banken das Hypothekengeschäft wieder wie ein normales Kreditgeschäft behandeln und wegen der guten Sicherheit vielleicht sogar andern Krediten vorziehen. Ebenso würden auch Pensionskassen und Versicherungen wieder in diese für sie angestammte Investitionstätigkeit zurück-

kehren. Es sei zugegeben, dass damit andere Sektoren, insbesondere das Obligationen-, das heisst Emissionsgeschäft betroffen würde, doch würden gerade die höheren Zinsen sowohl eine wirtschaftliche Überaktivität bremsen, als auch die Spartätigkeit anregen – sicher nicht die schlechteste Art der Konjunkturdämpfung! Es ist zudem anzunehmen, dass bei der sich weltweit abzeichnenden Wirtschaftsrückbildung sich die Kreditnachfrage auf höchst natürliche Weise zurückbilden wird, was den entsprechenden Druck auf die Zinssätze auslösen kann. Eine geordnete Zinsentwicklung, ohne zu grosse Ausschläge nach der einen oder anderen Seite, ist sicher einem künstlichen Tiefhalten mit nachfolgender Explosion, wie sie in diesem Jahr erlebt wurde, vorzuziehen.

Weiterhin Bankenföderalismus

Es bleibt in unserem Kaleidoskop noch ein Punkt zu erwähnen, der in der letzten Zeit etwas weniger akut geworden ist. Es betrifft dies die starke *Ausdehnung des Filialnetzes* der vier Grossbanken. Es scheint nur natürlich, dass die Filialeröffnung einer Grossbank in einem Ort ausserhalb der grossen Städte die Konkurrenz herausfordern muss, da keine gerne der andern ein neues Gebiet allein zur Beackerung überlässt. Wenn nun aber alle vier Grossbanken, wie es häufig vorkam, in einer Mittelstadt eine Filiale eröffnen, wo vorher die betreffende Kantonalbank und eine Lokalbank schon vertreten waren, so ist die betreffende Region ganz offensichtlich «overbanked». Die Schweiz hat bisher mit dem Föderalismus und der Dezentralisation auf sehr vielen Gebieten, angefangen bei der Politik, aber auch im

Wirtschaftsleben, sehr gute Erfahrungen gemacht. Man kann sogar diese Form der Tätigkeit für den politischen und wirtschaftlichen Wohlstand des Landes überhaupt als mitverantwortlich erklären. Auch auf dem Bankensektor ist deshalb zuviel Konzentration nicht von gutem. Selbstverständlich können die Grossbanken die Sparer der Region genau so gut bedienen wie die Kantonalbank oder Lokalbank, doch ist beispielsweise in der lokalen Kredit-tätigkeit, und vielleicht selbst in der Anlageberatung, der lokale Bankfachmann, weil unabhängiger als der Leiter einer für die Grossbank kleinen Filiale, kompetenter. Durch ein Abkommen unter den vier Grossbanken wurde dem «Filialenkrieg» ein Ende gesetzt, und das ist gut so.

Eine weitere Rüge muss gewissen Banken aber noch erteilt werden. In den letzten Jahren haben sich einige Banken mit ihren Investitionen immer weiter weg vom Bankgeschäft bewegt und beherrschen vollständig *artfremde Unternehmungen*. Es sollte realisiert werden, dass den Verstaatlichungsfreunden dadurch das Leben leichter gemacht wird. Im Falle einer Verstaatlichung, die hoffentlich nie kommt, wäre durch die Bankenverstaatlichung ein grosser Teil der Wirtschaft «automatisch» verstaatlicht.

Kein Grund zu Pessimismus

Diese Darstellung konnte, um einen vernünftigen Rahmen nicht zu sprengen, nur einige der Hauptprobleme, mit denen die Banken heute konfrontiert sind, skizzenhaft darstellen. Ganz sicher sind jedoch die «Golden Sixties» hinter uns, und wir stehen vor Probleme-

men, die viele von uns, die in der Nachkriegszeit ins Geschäftsleben gekommen sind, nicht kannten. Über eine sehr lange Zeit haben die Schweizer Banken gesamthaft gesehen viele Hindernisse und Schwierigkeiten überstanden und geniessen sicher nicht zu Unrecht einen ausgezeichneten Ruf. Es

ist die Aufgabe der heutigen Bankleitungen, dafür zu sorgen, dass dieser Ruf erhalten bleibt, indem auch schwierigere Zeiten gemeistert werden. Bei der Qualität der meisten Bankleitungen muss daran nicht gezweifelt werden.

Nicolas J. Bär

ZU BÖLL UND ZU BERNHARD

Aus dem Tagebuch des Zeitschriftenmachers

Heinrich Bölls Attacke gegen die «Bild»-Zeitung, die er in die Form der Erzählung «Die verlorene Ehre der Katharina Blum oder: Wie Gewalt entstehen und wohin sie führen kann» gekleidet hat, liegt seit einiger Zeit schon vor; auf den Bestsellerlisten hält sie zurzeit Platz eins. Die Kritik verhält sich, wie ich zu beobachten meine, eher zurückhaltend. Es gab Verrisse, es gab auch Beifall; aber wer etwa an sprachlichen und stilistischen Mängeln, an der eher nachlässigen Behandlung der Figuren und der Konstruktion Anstoss nimmt, dem wird bald einmal bedeutet, hier gehe es ja nicht darum, literarisch Vollkommenes oder Wertvolles zu fordern: hier sei sozusagen ein längst fälliger Handstreich gegen die Wegelagerer der Presse durchgeführt worden. Ich sehe nicht recht, was Literaturkritik angesichts dieses Büchleins soll, dessen Motiv die Rache ist, die Vergeltung für erlittene Unbill. Man erinnert sich: Im Januar 1972 hatte sich Heinrich Böll mit der moralischen Autorität des Nobelpreisträgers in einem Artikel, der im «Spiegel» erschien, gegen die journalistische Hetzjagd der «Bild»-Zeitung auf die Baader-Mein-

hof-Gruppe aufgelehnt und dabei Formulierungen gebraucht, die ihn alsbald zur Zielscheibe von Verdächtigungen und Unterstellungen werden liessen. Allen voran war es eben die «Bild»-Zeitung, die den Nobelpreisträger zum Verbrechergehilfen abstempelte. Böll wirkte damals fast verstört; man sah, dass ihn die Reaktion auf seinen Artikel tief getroffen hatte. Ich erinnere mich, dass er sich unter anderem damit verteidigte, die Sprache des Schriftstellers unterscheide sich von der Gebrauchssprache, er habe zu den Wörtern und ihren Bedeutungsfeldern eine andere Beziehung als Juristen, Professoren und Journalisten. Und in einem Interview darauf angesprochen, ob die Vorgänge rund um seine Intervention im «Spiegel» einmal in einem Roman oder in einer Erzählung wieder aufgegriffen werden könnten, liess er durchblicken, «dass sich das eine oder andere in verwandelter Form zur Rache verwenden» liesse.

Diese Rache trägt den Titel «Die verlorene Ehre der Katharina Blum oder: Wie Gewalt entstehen und wohin sie führen kann.» Noch einmal: Was soll literarische Kritik angesichts

einer Erzählung, die nichts weiter sein will als eine Fortführung des Streits mit anderen Mitteln?

Es sind, wenn ich es recht bedenke, primitive, demagogische Mittel. Keine Gelegenheit wird verfehlt, die bösen Journalisten der «Zeitung» (worunter «Bild» zu verstehen ist) mit Injurien einzudecken. Nichts ist mehr zu spüren von der heiteren Gerechtigkeit des Erzählers, nichts von dem Humor, der Böll in seinem letzten Roman, dem «Gruppenbild mit Dame», so grossartig zu Gebote stand. Katharina Blum, die junge Heldin, wird zur Mörderin an einem Reporter, weil die Journalisten der «Zeitung» an ihr Rufmord begangen haben. Immer wieder wird es gesagt: diese Kerle sind die allerletzten Schweinehunde. Kein Zweifel: das lesen und hören die Leute gern, es ist eine Diffamierung ganz genau von der Art, wie man sie den zynischen Zeitungsmachern gönnt. Von verschiedenen Seiten her zielt Böll auf sie und lässt seine Figuren Gift und Galle gegen sie speien. Ich zitiere: «Als ob – wenn schon auf der Welt geschossen wird – der Mord an einem Journalisten etwas Besonderes wäre, wichtiger etwa als der Mord an einem Bankdirektor, -angestellten oder -räuber.» Bölls Erzähler ist der Meinung, Katharinas Opfer Tötges sei «einem beruflich bedingten Tod» zum Opfer gefallen; er hätte schliesslich Bäcker oder Schuhmacher werden können, dann lebte er noch. Und weiter: «Aber der Kerl von der Zeitung – sah er wirklich so schmierig aus, oder fand er das erst später? ...» Oder aus einem Telefongespräch Katharinas: «Ich glaub's Ihnen, ich glaub's, ich weiss ja jetzt, wie diese Schweine arbeiten.» Genügt das? Natürlich ist es immer der vorgeschobene Protokollant und Ver-

fasser oder dann eine der Figuren der Erzählung, die in dieser Weise schmähen und schimpfen.

Das Argument von der anderen Sprache des Schriftstellers sticht in diesem Fall nicht. Hier spricht lediglich ein aufgebrachter Polemiker mit verteilten Rollen. Immerhin gibt es auch in «Katharina Blum» ein paar angedeutete Versuche, die Diskrepanz zwischen der Polizei- oder Gerichtssprache und jener anderen Sprachebene, die Böll meint, an einzelnen Beispielen aufzuzeigen. Katharina wehrt sich gegen den Ausdruck im Protokoll über ihr Verhör, Herrenbesuche, die sie empfangen habe, seien «zärtlich» geworden: es müsse heissen «zudringlich». Umgekehrt besteht sie in einem andern Fall darauf, sie habe zur Bezeichnung des Verhaltens eines Ehepaars ihr gegenüber «gütig» gesagt und wolle es auch so im Protokoll lesen, nicht «sehr nett», wie da geschrieben steht. Es gibt noch andere Beispiele, aber sie reichen nicht aus, die Spannung zwischen lebendiger und toter, beseelter und lediglich auf Zwecke gerichteter Sprache zu einem Gestaltungselement des Rachebüchleins zu machen. Es entsteht zudem der Eindruck, die Sprache Katharinas sei da, wo sie für besondere Fälle Wörter wie «gütig» und «zärtlich» in Anspruch nimmt, nicht frei von Sentimentalität.

Dies hier ist keine Buchbesprechung. Ich notiere Gedanken zu einer Neuerscheinung, die im Tagesgespräch ist, und dabei scheinen mir nun doch noch zwei Fragenkomplexe wichtig. Der eine: Auch Böll, beziehungsweise der vorgeschobene Protokollant, macht deutlich, dass sich Katharina strafbar gemacht hat, indem sie einem des Bankraubs und des Mordversuchs verdächtigen

Mann Unterschlupf gewährt und Fluchtmöglichkeit geboten hat. Dass ihr Fall mithin von öffentlichem Interesse sei, kann nicht geleugnet werden. Es scheint nun, Böll stelle sich vor, es gebe da eine klar definierbare Grenze zwischen jenem Journalismus, der aufbauscht, ausschmückt und verzerrt, und der streng sachlichen Berichterstattung. Sicher sind die reisserischen und hexenjägerischen Methoden der «Zeitung», die Böll aufs Korn nimmt, verabscheuenswert. Aber seine Vorstellungen vom Metier, wie sie in «Katharina Blum» sichtbar werden, scheinen mir allzu simpel, ja naiv. Es ist immer leicht und stimmt mit der unreflektierten Meinung der Vielen überein, Zeitungsmachern vorzurechnen, was sie falsch gemacht haben, wo sie irren und verdrehen. Aber man hat bekanntlich auch gegen die Journalisten, die Watergate ausgruben, zunächst mit dem Vorwurf der Sensationsjagd operiert. Das Problem, so viel ist sicher, ist unendlich viel komplizierter, als es in Bölls Erzählung erscheint. Zur Aufklärung der Leser trägt «Katharina Blum» wenig bei, im Gegenteil.

Und, daran anschliessend, die zweite Frage: Warum eigentlich gibt es die «Bild»-Zeitung und ähnliche Erzeugnisse? Offenbar darum, weil sie einem Bedürfnis entgegenkommen. Marketing ist zwar kein vertretbarer journalistischer Grundsatz; aber man kennt leider die wirtschaftliche Situation vieler Zeitungen, die sich nach besten Kräften um die seriöse Information ihrer Leser bemühen. Ihr Untergang oder ihre Vereinnahmung durch mächtigere und weniger pingelige Konkurrenten sind an der Tagesordnung. Böll selbst lässt seine Katharina sagen, nachdem ihr eine freundliche Polizeiassistentin fünfzehn

verhältnismässig sachliche Zeitungsberichte über ihren Fall vorgelegt hat: «Wer liest das schon?»

Der Schutz der Privatsphäre, Humanität in der Anwendung der Massenmedien, gerade auch wenn sie sich mit Rechtsbrechern beschäftigen: das ist Heinrich Bölls berechtigte Forderung. Die Injurien gegen die «schmierigen Kerle» von der «Zeitung», die er da notdürftig in eine Erzählung verpackt hat, scheinen mir wenig geeignet, auf diesem Wege voranzukommen.

*

Der Österreicher *Thomas Bernhard*, lange Zeit ein Geheimtip, während der kurzen «revolutionären Epoche» der Literatur und des Theaters gar der Reaktion beschuldigt und von den Trendmachern ins Abseits gedrängt, ist auf einmal zu einer Art von Signet avanciert: seine Todeslitaneien sind ein wesentliches Merkmal der gegenwärtigen kulturellen Szene. Besonders seit in rascher Folge seine Theaterstücke erschienen und aufgeführt worden sind, zwei davon bereits im Rahmen der Salzburger Festspiele, ist Bernhard – wenngleich rätselhaft, schwierig und absonderlich genug – zumindest im deutschen Sprachraum eine repräsentative Erscheinung. Das ist darum merkwürdig, weil sein Werk im Grunde gegenläufig ist. Es widersetzt sich dem kulturellen Betrieb, es persifliert die Kunststücke, die sich die Gesellschaft vorführen lässt –, und es ist dennoch unversehens selber zu einem Teil des Kulturbetriebs geworden. «Ein Fest für Boris» und «Der Ignorant und der Wahnsinnige» sind vor einiger Zeit auch im Schauspielhaus Zürich aufgeführt worden. Die *Basler Theater* zei-

gen jetzt in schweizerischer Erstaufführung «*Die Jagdgesellschaft*». Das Stück ist – wie alle Werke Bernhards – streng komponiert, auf einer Tonreihe aufgebaut, die aus Elementen wie Wald, Grossgrundbesitz, Jagd, Holzknechte, Borkenkäfer und Feudalismus besteht. Der Schauplatz ist ein Jagdhaus, eher schon ein Jagdschloss, inmitten riesiger Wäldereien, die dem General gehören. Die paar Elemente, Bestandteile der Tonreihe, haben eine unverkennbar österreichische Färbung und sind Relikte einer Gesellschaftsstruktur in Auflösung. Es gibt da, als Staffage sozusagen, sowohl einen Prinzen und eine Prinzessin wie auch zwei Minister, ferner einen Hausdiener und Holzknecht und eine Köchin. Diese Figuren bilden die stumme Umgebung des Generals, der Generalin und des Schriftstellers. Kaum dass eine von ihnen einmal mit «Nein, Herr General» oder mit «Ja, gnädige Frau» antwortet. Das Wort führen der General und der Schriftsteller, der eine als Exponent der «Jagdgesellschaft», worunter man sich die Gesellschaft schlechthin denken mag, sofern sie auf Grundbesitz gründet, der andere als Philosoph und Fragesteller. Zu Bernhards Szenarium gehört es ferner, dass der General, einarmig und am grauen Star leidend, von einer tödlichen Krankheit gezeichnet ist. Er wird sich zur Vornahme einer Operation in die Klinik begeben müssen; seine Frau und der Schriftsteller wissen, dass er die Klinik nicht mehr verlassen wird. Sie wissen auch, was dem General verborgen ist: der ganze riesige Waldbesitz ist vom Borkenkäfer befallen und muss abgeholzt werden.

Das Stück ist in drei «Sätze» gegliedert wie eine musikalische Komposition: Vor der Jagd, während der Jagd

und nach der Jagd. Seine Faszination besteht in der Spannung zwischen konkreten, fachkundigen Gesprächen auf der einen und der unheimlichen und absurden Konstellation auf der andern Seite. Der General ist bei Stalingrad verwundet worden und wegen des abgerissenen Arms fast verblutet; er führt jetzt die Staatsgeschäfte, er verwaltet seine Wäldereien und macht mit dem Schriftsteller Konversation über Theater und Literatur. Ob da nun von Stalingrad, von General Paulus und von der Situation seiner Armee gesprochen wird oder von der Jagd, vom richtigen Gebrauch der Jagdwaffen, von den Fasanen und der übrigen Strecke: immer ist es so, dass diese ganz realistischen Dialoge wie wesenlose, absurde Spiele über dem Abgrund erscheinen. Was dem General und was seinem Waldbesitz unausweichlich droht, lässt die Zusammenkunft der Jagdgesellschaft, das Gesellschaft-Spielen mit stereotypen Konversationsmustern und herrschaftlichen Verhaltensweisen, vollkommen gespenstisch werden. Man hört klassische Musik, man diskutiert über Komödie und Tragödie und hält sich den Schriftsteller als eine Art Hofnarr. Generalin und Schriftsteller spielen «Siebzehn und vier», der Schriftsteller zitiert Lermontow und produziert sich geistreich. Am Schluss, wenn sich der General im Nebenzimmer erschiesst, wenn draussen die Holzarbeiter damit beginnen, den kranken Wald zu schlagen, wundert sich niemand. Das Ende stand immer schon fest.

Wie die Welt in diesem Stück (wie in Bernhards gesamtem Werk) aus einzelnen Realitäten ohne Sinnzusammenhang besteht, sind auch die Figuren auf einzelne Eigenschaften reduziert: der General ist einarmig, der Schriftsteller

ist einer, der schreibt, Asamer heizt den Ofen ein, und die Köchin trägt das Essen auf. In der szenischen Realisation, auch in der weitgehend gelungenen Basler Aufführung, ist dies eine gefährliche Klippe. In dem Augenblick, in dem Bernhards Text auf der Bühne jene Wirklichkeit erzeugt, in der Schauspieler in einem Bühnenbild agieren, werden die Reduktionen mehr oder weniger verwischt. Die Figuren haben auch noch andere Eigenschaften als die, auf die sie der Autor zurückschrauben will. So schien es denn streckenweise, *Gustav Rudolf Sellners* Inszenierung sei zu realistisch. Jagd und Winter, Herrschaft, Gäste und Gesinde bilden zusammen ein zwar merkwürdiges, aber doch irgendwie mögliches Bild herrschaftlicher Geselligkeit, mit persönlichen Beziehungen und Spannungen, mit Realitäten eben, auf die der Zuschauer nur allzu gern eingeht. *Jörg Zimmermanns* Bühne allerdings korrigiert diese Wirkung geschickt. Statt der Wand, die den Innenraum des Jagdhauses abschliesst, steht da ein gespenstisch weisser Wald, die Stämme alle weiss mit rissiger Borke. Und die Darsteller, von denen hier wenigstens Rosel Schäfer (Generalin), Adolph Spalinger (General) und Peter Brogle (Schriftsteller) ge-

nannt seien, widerstehen der Versuchung, mehr zu spielen als das, was die Zeichenhaftigkeit ihrer Rolle zulässt. Dass es dennoch zu Momenten kommt, in denen die Leere zwischen den isolierten, auf Teileigenschaften wie Bruchstücke reduzierten Menschen fast ausgefüllt scheint, müsste vielleicht noch stärker bekämpft werden.

Alles in allem ist die Basler Aufführung jedoch eine mögliche und willkommene Information über Bernhards Theaterschaffen. Wie diese österreichischen Endspiele zu deuten seien und was es besage, dass sie auf eher überraschende Weise weit über den Kreis der Kenner und Snobs hinaus faszinieren als Zeichen, in dem sich die Heutigen erkennen und verstehen, vermag ich nicht abschliessend zu sagen. Ihre nachhaltige Wirkung ist ein Faktum.

Anton Krättli

¹ Heinrich Böll, Die verlorene Ehre der Katharina Blum oder: Wie Gewalt entstehen und wohin sie führen kann, Erzählung, Verlag Kiepenheuer und Witsch, Köln 1974. – ² Thomas Bernhard, Die Jagdgesellschaft, Bibliothek Suhrkamp, Suhrkamp-Verlag, Frankfurt am Main 1974.